

MEDIENMITTEILUNG

Energiestrategie 2050: Energiewirtschaft setzt sich für mehr Markt und Systemdenken ein

Medienmitteilung zur Sessionsveranstaltung vom 26. September 2013

EFCH. Die Energiewirtschaft wird die Verantwortung zu tragen haben für die Umsetzung der energiepolitischen Ziele und die Einhaltung der Leitplanken, die Politik und Gesellschaft im Rahmen der Energiestrategie 2050 festlegen werden. Sie hat an der Sessionsveranstaltung des Energieforums Schweiz eine erste Beurteilung der bundesrätlichen Botschaft vorgenommen und aufgezeigt, wo in der parlamentarischen Beratung angesetzt werden muss. Damit eine jederzeit sichere, umweltverträgliche und erschwingliche Energieversorgung aufrecht erhalten werden kann, fordert sie marktnahe Lösungen und Systemdenken.

Der lange Zeithorizont der Energiestrategie 2050 bringt hohe Unsicherheiten. Der Bundesrat strebt deshalb richtigerweise eine rollende Planung an. Trotzdem muss der künftige regulatorische Rahmen zumindest abschätzbar sein, damit die Energiewirtschaft ihre Investitionen tätigen kann. Soll die Energiestrategie ihre Ziele erreichen können, ist zudem ein gesellschaftlicher Konsens notwendig. Eine Volksabstimmung über den Grundsatz der Energiestrategie statt allenfalls über isolierte Einzelfragen kann die notwendige Basis dazu legen. Dazu ist jedoch Transparenz gefordert über die gesamte Energiestrategie und ihre Kosten und nicht nur über das vorliegende erste Massnahmenpaket.

Sollen Schweizer Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben, dürfen ihnen angesichts der weltweit tiefen Energiepreise keine massiven Zusatzkosten und Subventionen aufgebürdet werden. Auch die Energiewirtschaft ist darauf angewiesen, dass sie ihren Versorgungsauftrag durch rentable Tätigkeiten erfüllen kann. Nur so sind Investitionen in die Versorgungsinfrastruktur und letztlich in die Versorgungssicherheit gewährleistet.

Dies setzt eine stärkere Abstützung der Energiepolitik auf marktnahe Mechanismen voraus. Die erst zaghaften Schritte der bundesrätlichen Botschaft müssen insbesondere in Richtung einer raschen Marktintegration der erneuerbaren Energien erweitert werden. Dazu gehört auch, dass diese stärker an ihrer Wertigkeit gemessen werden und mehr Verantwortung für die Versorgungssicherheit übernehmen.

Ferner ist Systemdenken notwendig: Die Netze und die Speicherung müssen parallel zur Produktion weiter entwickelt werden. Gelingt es nicht, das Gleichgewicht zwischen den drei Elementen aufrecht zu erhalten, verpuffen sämtliche Massnahmen und Investitionen.

Soll der Umbau des Energiesystems Erfolg haben, muss dem bewährten Versorgungssystem Rechnung getragen werden. Die Optionen sind – auch unter der Prämisse des Verzichts auf den Bau von neuen Kernkraftwerken – in einer technologieoffenen und marktnahen Herangehensweise und ohne Scheuklappen abzuwägen. Technologieverbote sind dagegen fehl am Platz.

Bern, 26. September 2013